Tennessee Staatszeitung.

Wöchentliche Ausgabe.

Jahrgang 3. Nashville, Tennessee, Mittwoch, den 10. März 1869. No. 50

TENNESSEE HISTORICAL SOCIETY

Agenten der „Tenn. Staatszeitung."

Die folgenden Herren [sind] autorisirt, Abonnenten und Anzeigen für die „Tennessee Staatszeitung" zu sammeln, Gelder dafür einzuziehen und in unserem Namen zu quittiren:

L. M. Schleier, Knoxville Tenn.
Henry Roll, Memphis, Tenn.
G. Grand, Paducah, Ky.
Jacob Eisele, New Albany und Jeffersonville, Ind.
J. M. Pflüger, 149 Main Straße, Cincinnati, Ohio.
Lorenz Höhlein, Sandusky Ohio.
August Hoehner, Cleveland, Ohio.
Charles Meyen u. Co., 37 Park Row, New York.
E. Rauschenberg, Chattanooga, Tenn.
W. A. Haffner, Dalton Ga.
E. v. Albes jr., Lokal-Agent.
Henry Albes sr., Zeitungs-Colporteur.

Rundschau.

Das große Ereigniß der letztverflossenen Woche war die Inauguration des neuen Präsidenten, Gen. Ulysses S. Grant, der sein hohes Amt am Donnerstag, den 4. März, antrat. Die ganze Nation hatte diesem feierlichen Tage mit Sehnsucht entgegengesehen, denn sie erhofft von der neuen Administration durchgreifende Reformen in unsrem großen Staatshaushalte, eine schleunige und energische Niederwerfung der Corruption und eine heilsame Sparsamkeit, welche Angesichts unsrer ungeheuren Nationalschuld in jeder Hinsicht streng geboten ist. Die anerkannte Charakterfestigkeit des neuen Präsidenten, sein erleuchteter Patriotismus und seine unbezweifelte Ehrenhaftigkeit sind die besten Garantien dafür, daß die Erwartungen und Wünsche des amerikanischen Volkes vollständig in Erfüllung gehen werden.

Die Ankündigung des neuen Cabinets, welche mit so außerordentlicher Spannung erwartet wurde, verursachte in den politischen Kreisen hier und da große Enttäuschung und überraschte Jedermann, da man vielseitig auf ganz andere Männer spekulirt hatte. Gen. Grant hat bei seiner Auswahl jedenfalls mehr die persönliche Thätigkeit und Befähigung seiner Räthe im Auge gehabt, als die politische Parteistellung derselben, obschon der republikanische Charakter des Cabinets von Niemand bezweifelt wird. Es sind übrigens bereits Gerüchte über den beabsichtigten Austritt einiger Cabinetsmitglieder im Umlauf, namentlich des Finanzsekretärs, des General-Anwaltes und des Chefs des Marinedepartements. Wie viel Wahres an denselben ist, muß die nächste Zukunft lehren.

Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unsrem alten und neuen Vaterlande erhielten am Inaugurationstage einen erfreulichen Ausdruck durch zwei Telegramme aus Berlin. Das eine kam vom Grafen Bismarck, das andere von der Börse und Beide beglückwünschten den neuen Präsidenten in der herzlichsten Weise. Man mag in dieser Aufmerksamkeit vielleicht eine bloße Höflichkeit erkennen, uns will es aber bedünken, als ob denselben das aufrichtige Verlangen zu Grunde läge, die Beziehungen beider Länder immer inniger zu gestalten und jede Gelegenheit zu benutzen, um diesem Gefühle unzweideutigen Ausdruck zu geben. Jedenfalls wurden beide Telegramme im ganzen Lande äußerst beifällig aufgenommen.

Unser Tennessee erfreut sich gegenwärtig einer ungestörten Ruhe. Gesetz und Ordnung haben einen schnellen und unblutigen Sieg erfochten und bei der hohen Achtung, welche der Name Grants jedem Bürger einflößt, läßt sich auch zuversichtlich annehmen, daß alle Ueberreste des Rebellenthums verschwinden werden und daß die Einheit der Nation nicht nur durch ein äußeres Band, sondern auch durch eine aufrichtige und versöhnliche Stimmung der Gemüther für alle Zeit befestigt bleiben wird.

Eine Versammlung am vorigen Sonnabend in Nashville, an welcher sich Männer aller Parteien betheiligten, gilt uns als ein glückliches Omen und wenn, wie wir nicht bezweifeln wollen, die von ehemaligen Rebellen und Rebellenfreunden gesprochenen Worte aufrichtig gemeint waren, so dürfte der Augenblick nicht mehr fern sein, wo eine vollständige Aussöhnung der politischen Gegner Platz greift und die letzten Anzeichen eines unglücklichen Ausnahmezustandes verschwinden.— Uebrigens läßt es sich nicht in Abrede stellen, daß Grants Auftreten auch hier allgemeine Genugthuung gegeben hat und daß namentlich die klare und männliche, wohlmeinende Sprache seiner Inauguralrede einen sehr günstigen Eindruck hervorgebracht hat. Voraussichtlich wird das Vertrauen in die neue Administration zur Hebung der Geschäfte wesentlich beitragen.

Aus Europa kam die Nachricht vom plötzlichen Tode des Papstes, aber nur, um sofort widerrufen zu werden. Bei der gegenwärtigen Lage der europäischen Verhältnisse wird der Tod Pius des Neunten allerdings ein Ereigniß von hoher Bedeutung sein, zumal da es den Anschein hat, als ob der Cardinal Bonaparte die meiste Aussicht zur Erhebung auf den heiligen Stuhl habe.

Die Insurgenten auf Cuba hatten, den Berichten der Regierung zu Folge, das Unglück, eine entschiedene Niederlage zu erleiden, doch wird man wohl thun, die Nachrichten mit etwas Vorsicht aufzunehmen und erst die Berichte der Gegenpartei zu erwarten, ehe man alle Hoffnung aufgiebt, die Unabhängigkeit der Insel hergestellt zu sehen.

Mögen Freiheit und Unabhängigkeit allen Völkern zu Theil werden, die durch ihr entschiedenes Bestreben nach deren Erringung den Beweis liefern, daß sie dieser hohen Güter würdig sind!

Das Cabinet.

Wie wir unsren Lesern schon gestern mittheilten, ist nun endlich die große Frage, welche so lange und vielseitig der Gegenstand eifriger Spekulationen war, die Cabinetsfrage, entschieden. Die verschiedenen Theile der Union sind würdig vertreten. Der Westen sendet in Washburne von Illinois den Staatssekretär und in Cox von Ohio den Chef des Departements des Inneren; die Neu-Englandstaaten liefern den General-Anwalt in der Person von Samuel Hoar von Massachusetts, die beiden großen Mittelstaaten New York und Pennsylvanien sind durch den Finanzminister A. T. Stewart und den Marine-Sekretär Adolph Borie vertreten und der Süden stellt den General-Postmeister Cresswell von Maryland. Kriegssekretär Schofield ist ein geborner New-Yorker.

Der Staatssekretär Washburne besitzt das Vertrauen des Präsidenten sowohl, als das der Nation und man versieht sich zu ihm, daß er die auswärtige Politik in dem kühnen Geiste Jackson's leiten wird. Er ist ein unermüdlicher Arbeiter und ein großer Freund von Ersparnissen, dürfte also Herrn Seward in seinen verschwenderischen Geldausgaben Behufs der Acquisition neuer Territorien schwerlich nachahmen.

Der Schatzsekretär Stewart, ein wichtiger Beamter in gegenwärtigen Finanzverhältnissen, ist als einer der größten Geschäftsmänner New Yorks bekannt und seine Ernennung hat in New York bereits einen äußerst günstigen Einfluß auf die Börse ausgeübt.

Der Marinesekretär genießt in der Handelswelt von Philadelphia großes Ansehen. Er ist in Frankreich geboren.

Gouv. Cox von Ohio besitzt alle Eigenschaften zu einem tüchtigen Minister des Inneren. Auch er ist ein rastloser Arbeiter.

Der General-Postmeister Creßwell von Maryland ist ein politischer Gesinnungsgenosse von Winter Davis also ein gemäßigter, aber entschiedener Republikaner.

Gen. Anwalt Hoar von Massachusetts erfreut sich des Rufes, einer der ausgezeichnetsten Juristen des Landes zu sein.

Kriegssekretär Schofield ist der Einzige, welcher aus dem Johnson'schen Cabinet in das neue übertritt. Seine Tüchtigkeit ist bereits allgemein anerkannt.

Mehrere der Cabinetsmitglieder sind in der politischen Welt weniger bekannt, aber selbst die Oppositionsblätter gestehen ein, daß an ihrer Befähigung und ihrem moralischen Werth nicht der Schatten eines Zweifels haftet. Wir mögen den allgemeinen Charakter des Cabinets als einen besonnenen, dem Fortschritte huldigenden Republikanismus bezeichnen und uns daher der zuversichtlichen Hoffnung hingeben, daß das Wohl des Vaterlandes, wie es das Ziel des allgemein verehrten Präsidenten ist, so auch das Ziel seiner Räthe sein wird. Möge die ganze Nation, im Norden und Süden, im Osten und Westen die Leiter der nationalen Angelegenheiten in ihrem edlen Bestreben kräftig unterstützen!

Zum Abschied.

Nicht leicht läßt sich ein grellerer Gegensatz auffinden, als die beiden Adressen, von denen eine durch den ausscheidenden und die andere durch den neueintretenden Präsidenten am 4. März an das Volk der Ver. Staaten gerichtet worden sind. Es ist bedauerlich, von einem Manne in der Stellung des Herrn Johnson, als obersten Beamten einer Republik, wie die unsrige, ein solches Dokument ausgehen zu sehen, welchem sein rein negativer Charakter nur durch den bittersten Haß gegen die Vertreter seiner Nation eingegeben werden konnte.

Der abtretende Präsident schreibt es sich als ganz besonderen Ruhm zu, daß er nach Schluß des Sezessionskrieges nicht die Million Soldaten zu einem Kriege gegen die Franzosen in Mexico verwandt hat und erinnert das amerikanische Volk in einer wahrhaft drolligen Weise daran, daß es ihm dafür ganz außerordentlich zu Danke verpflichtet sei, ganz als ob es lediglich auf das car tel est mon plaisir Sr. Excellenz angekommen wäre. Wir bedauern nur, nicht früher daran erinnert worden zu sein und daß daher unser Dank zu spät kommen würde, wenn wir uns überhaupt zur Bezeugung eines solchen aufgelegt fühlten.

In einer langen Jeremiade wird alsdann das Sündenregister des Congresses abgesungen und wäre dasselbe so wahr, als es langweilig ist, so müßte es nothwendiger Weise mit der amerikanischen Republik rein aus sein, denn Herrn Johnsons Meinung nach, war selbst die brittische Tyrannei, welche die Revolution hervorrief, ein wahres Kinderspiel gegen die Gewaltthaten des vierzigsten Congresses, dessen der Ex-Präsident wahrscheinlich noch lange gedenken und dem er sicherlich ein Vergißmeinnicht im Busen bewahren wird.

Wie Herr Johnson während seines ganzen Amtstermines, namentlich seit seinem großen Cirkelschwunge, die Unzufriedenheit des Südens genährt und oft zum Ausbruche verleitet hat, so bleibt er sich auch in seiner Karte p. p. c. getreu und ruft dem Süden noch zu guter Letzt zu, wie schändlich er maltraitirt wird, auf daß ja nicht etwa Friede werde.

Endlich aber fragt der zeitherige Chef-Magistrat einer großen Nation noch mit unglaublicher Naivetät: „Wer kann auftreten und sagen, ich hätte ihn betrogen? Wer darf behaupten, ich hätte ihn unterdrückt? Wer mich beschuldigen, ich sei der Bestechung zugänglich gewesen?"—Wer aber, fragen wir, hat denn behauptet, daß Jemand so thöricht gewesen sei, einen Mann, welcher in seiner hohen Stellung zur totalen Ohnmacht und Unbedeutendheit herabgesunken war, überhaupt bestechen zu wollen? Nicht immer muß es Geld sein, womit man sich bestechen läßt, es kann auch das Gefühl der ohnmächtigen Rache gegen einen Feind, wie hier z. B. der Congreß, sein, welches zu Handlungen antreibt, die, wenigstens moralisch, schwer zu verantworten sein dürften. Wir spielen hier auf die zahlreichen Begnadigungen des Herrn Johnson an, die sicherlich nicht einem edlen Mitgefühl für die Verurtheilten entsprangen, sondern offenbar von lauterer Leidenschaftlichkeit diktirt wurden.

Hätten wir in unsrer bescheidenen Stellung uns erlauben dürfen, Herrn Andrew Johnson vor Niederschreibung seiner „Farewell-Address" einen Rath zu ertheilen, so wäre es der gewesen, vorher die von Georg Washington recht genau durchzulesen und wir wollen gern glauben, daß Herrn Johnson soviel guter Sinn verblieben ist, daß er sich alsdann in aller Stille und ohne Abschied zu nehmen zurückgezogen hätte.

Illinois contra Baiern und Würtemberg.

Nicht blos in Würtemberg, sondern auch in Baiern besteht noch das barbarische Gesetz, daß eine Ehe, welche ein geborener Baier oder Würtemberger im Auslande eingeht, ohne zuvor die Genehmigung seines Königs eingeholt zu haben, als gesetzlich ungültig angesehen wird.

Erst vor Kurzem ist der Fall vorgekommen, daß die Wittwe eines in Joliet verstorbenen, aus Baiern gebürtigen Bürgers von Illinois in Augsburg, wohin sie zurückgekehrt war, vom Gerichte aufgefordert wurde, zu erklären, mit welchem Rechte sie und ihr Kind den Namen ihres verstorbenen Mannes trügen. Da sie sich auf die im Staate Illinois geschlossene Ehe berief, ward ihr bedeutet, daß diese Ehe nichts gelte; daß sie in den Augen des bairischen Gesetzes nur als „Concubine" und ihr Kind als ein uneheliches anzusehen sei; und daß sie daher den Namen des Gatten, resp. Vaters, nicht tragen dürften.

Vor einiger Zeit verlautete, daß Herr Bancroft mit Würtemberg wegen Aufhebung dieses wahrhaft infamen Gesetzes in Unterhandlung stehe;—von Baiern ward in derselben Verbindung nichts gesagt. Mittlerweile aber, da die Ehegesetzgebung Staats- und nicht Bundessache ist, kann der Staat Illinois selbst sein Recht in die Hand nehmen und durch Retorsion die dickköpfigen Gesetzgeber von Baiern und Würtemberg zur Raison bringen.

Ein angesehener deutscher Rechtsanwalt von hier begibt sich heute nach Springfield, um die Legislatur zum Erlaß eines Gesetzes zu bestimmen, welches verfügt:

Daß vom 1. Januar 1871 an im Staate Illinois keine außerhalb desselben geschlossene Ehe als gültig anerkannt werden soll, wenn sie nicht in einem Staate geschlossen ist, welcher die in Illinois geschlossenen Ehen als gültig anerkennt.

Ein Gesetz, wie dieses, ist vollkommen in der Ordnung, wie denn auch schon ein anderes besteht, wonach Vormünder von im Auslande lebenden Erben verstorbener Bürger von Illinois nur dann von unsern Gerichten anerkannt werden, wenn in dem betr. Staate die nach Illinoiser Recht eingesetzten Hinterlassenschafts-Verwalter in dieser Eigenschaft anerkannt werden.

Die Wirkung des vorgeschlagenen Gesetzes aber würde die sein: daß von einem aus Würtemberg oder Baiern gebürtigen Bewohner des Staats Illinois, wenn er ohne Hinterlassung eines Testaments und ohne Leibeserben stürbe, seine in Würtemberg oder Baiern lebenden Eltern, oder Geschwister nichts erben könnten, vielmehr sein Nachlaß an den Staat Illinois heimfiele. Denn er würde, da die Ehe seiner Eltern hier nicht anerkannt werden könnte, als uneheliches Kind angesehen werden.

Natürlich ist es nicht wünschenswerth, daß praktische Fälle dieser Art eintreten. Eben deswegen soll das Gesetz den Regierungen von Baiern und Würtemberg 21 Monate Zeit geben, innerhalb welcher sie ihre eigenen barbarischen Gesetze widerrufen können. Thun sie das, so ist der Zweck vollkommen erreicht und das proponirte Gesetz wird zu einem todten Buchstaben.

(Ill. St. Z.)

Freischulen.

Der Erziehungsrath in Knoxville hat eine Bekanntmachung erlassen, in welcher angezeigt wird, daß mit dem 12. d. M. die öffentlichen Schulen aufhören werden, Freischulen zu sein, da die Supreme Court des Staates Tennessee diejenigen Sektionen des Schulgesetzes für unconstitutionell erklärt hat, durch welche die Schul-Direktoren bevollmächtigt werden, Steuern zur Bestreitung der nöthigen Ausgaben zu erheben. Die Autorität, die Steuerumlage für Schulzwecke den gesetzlichen Wählern des betreffenden Distriktes zur Abstimmung vorzulegen und die Schulen über den Zeitpunkt hinaus fortzuführen, bis wohin sie aus den Staatsfonds und Privatzuschüssen erhalten werden, ist somit null und nichtig und die öffentlichen Schulen werden daher in dem ersten Civildistrikt von Knox County fernerhin nicht mehr als Freischulen existiren.

Selbstverständlich wird diese Maßregel das gleiche Ergebniß in jedem anderen Schuldistrikt des Staates haben und wer sollte diesen Zustand der Dinge nicht beklagen? Im ganzen Lande wurde die Errichtung von Freischulen in Tennessee freudig begrüßt, denn bekanntlich befand sich das öffentliche Schulwesen der ehemaligen Sklavenstaaten stets in traurigen Umständen und bildete einen Gegenstand des Vorwurfes Seitens der ganzen civilisirten Welt. Kaum ist nun das Freischulsystem ins Leben getreten und äußert seine segensreiche Wirkung, so erscheint wie ein Blitzschlag aus heiterem Himmel diese Entscheidung des Obergerichtes und versetzt demselben auf indirekte Weise den Todesstoß.

Möglich, daß nur die Fassung des von der Legislatur erlassenen Gesetzes den Auslegern desselben unconstitutionell erschienen ist und daß der Gerichtshof nicht sowohl das dem Gesetze zu Grunde liegende Prinzip anfechten wollte, als vielmehr die Art und Weise, wie es ausgeführt werden soll, allein im Wesentlichen bleibt sich die Sache ganz gleich, denn die Thatsache steht fest: die Freischulen in Tennessee haben aufgehört! Wie schmerzlich ist dies zu beklagen! Unsrer Ansicht nach kann die Staatsregierung nicht schleunig genug handeln, um die Schulen wieder ins Leben zu rufen und jedes gesetzliche Mittel zu ergreifen, um die Entscheidung des Obergerichtes wirkungslos zu machen. Unterricht ist es, was unsrer heranwachsenden Jugend vor Allem noth thut und ohne Freischulen bleibt die Erziehung der Jugend ein mangelhaftes Werk, ein exclusives Vorrecht der wohlhabenden Klassen, welches in einer Republik schlechterdings nicht geduldet werden darf.

Zu bedauern ist es, daß die Entscheidung des Obergerichtes nicht erfolgte, als die Legislatur noch in Sitzung war, damit eine etwaige Controverse schnell entschieden und somit eine Vereinbarung getroffen werden konnte. Wird dies aber bis zum Wiederzusammentritt der Gesetzgeber verschoben, so würde eine Unterbrechung der Schulen stattfinden müssen, deren Ende bei dem langsamen Gange der Geschäftsverhandlungen in legislativen Körperschaften sich nicht bestimmen läßt. Hauptsächlich aber muß der moralische Eindruck auf die Bevölkerung ein unglücklicher sein, wenn derselben in dem Auseinandergehen der Meinungen über die Gültigkeit der Staatsgesetze ein Bild des Schwankens und der Unsicherheit des Bestehenden gegeben wird.

Sollte es sich daher bestätigen, daß eine Extrasitzung der Legislatur Behufs Ratifizirung des neuen Amendements zur Ver. St. Constitution berufen wird, so wäre es sehr zu wünschen, daß derselben durch den Gouverneur eine Vorlage über die Frage der Freischulen zur Berathung unterbreitet würde.

LET US HAVE PEACE.

Wir erlebten am Sonnabend das Schauspiel einer Versammlung im hiesigen Courthause, an der viele prominente Leiter der hiesigen Ex-Rebellenpartei Theil nahmen, und deren Zweck nichts mehr und nichts weniger war, als die Annahme von Resolutionen, die die Grant'sche Administration und die in Grants Antrittsrede enthaltenen Prinzipien endossiren. Mit hochtönenden und hoffentlich tief aus dem Herzen kommenden Worten lobten Männer wie H. S. Foote, A. S. Colyar, Matt W. Brown, M. C. Cotton und mehr dergleichen Größen, den Patriotismus und die Großherzigkeit unseres nunmehrigen Präsidenten U. S. Grant und die Redner überboten sich in ihren Versicherungen der Loyalität gegen die Regierung und ihrer Anerkennung des Mannes der zum Präsidenten der Vereinigten Staaten durch die Partei erwählt wurde, deren Mitglieder seither von den Rednern als Erzfeinde betrachtet worden sind. Wir freuen uns aufrichtig über diesen Beweis rückkehrender Vernunft; wir freuen uns, daß unsere politischen Gegner endlich ein Mal so vernünftig werden, sich nicht allein in die Lage zu fügen, sondern auch, durch umständliche Beweise überzeugt von dem Unrecht ihrer bisherigen Fehde, sich nicht scheuen, dem Mann der Wahl ihrer Gegner offen und unverhohlen Anerkennung zu zollen und Anhänglichkeit zu geloben. Hoffentlich wird der Geist, der sich in dieser Sonnabend Versammlung manifestirt, perpetuirt nicht allein in Worten sondern auch in Thaten. Wahrlich, wir sind des ewigen Krieges müde und werden nur allzufroh sein, wenn endlich unsere politischen Gegner den Tomahawk begraben.—Und bei dieser Gelegenheit kommen wir wieder auf ein Thema zurück, welches bestimmt ist, bis zu seiner endlichen Erledigung stets aufs Tapet zu kommen, wenn immer politische Fragen besprochen werden. Wir meinen die Stimmrechtsentziehung derjenigen, die sich aktiv oder passiv an der Revolution betheiligten. Natürlich ist der dadurch herbeigeführte Zustand ein abnormer und entsprang die Maßregel nur dem Selbsterhaltungstrieb. Die Unions Partei hätte nun und nimmer Boden fassen können in Tennessee ohne die Maßregel und ohne dieselbe wäre es keinem mehealigen Soldaten der Unionarmee möglich gewesen, in Tennessee zu weilen. Hätten die Rebellen, gesiegt, so hätten sie nicht allein Wahlrechtsentziehung, sondern noch ganz andere widerwärtige Maßregeln in Anwendung gebracht, um ihre Gegner im Schach zu halten; sie hätten einen Ausrottungskrieg geführt.— Doch dem sei, wie ihm wolle, der Zustand ist beklagenswerth, und wir wünschen, und haben wir diesem Wunsch fortwährend Ausdruck verliehen, daß bald die Zeit kommen möge, in der das Franchise Gesetz mit Sicherheit für alle Parteien aus dem Codex des Staates Tennessee gestrichen werden kann. Und um das Heranrücken dieser Zeit zu beschleunigen, haben die Herren Foote, Colyar, Brown und andere ihrer Art nur solche Gesinnungen praktisch zu verbreiten und thatsächlich auszuführen, wie sie sie am Sonnabend im Courthause in Worten ausdrückten. Schon während der Brownlow Campagne in 1867 wiederholten wir in unseren öffentlichen Reden und haben seitdem nicht aufgehört in unsrer Zeitung es als unsere Ueberzeugung auszudrucken, daß das sicherste Mittel die Wahlrechtsentziehung aufzuheben, darin läge, alle revolutionären Agitationen, alles Beschimpfen und Lästern der Staatsbehörden unterwegs zu lassen. Wie Grant sehr richtig in seiner Antrittsrede sagt: „Gesetze sind nicht allein für die Freunde derselben, sondern auch für die, welche ihrem Erlaß opponirten. Bestehende Gesetze müssen befolgt werden und der sicherste Weg, ein verhaßtes Gesetz abzuschaffen, liegt nicht darin, seiner Ausübung Widerstand zu bieten und es nicht zu befolgen, sondern darin, es bis auf den Buchstaben durchzuführen. Dadurch stellen sich seine Mängel, seine Uebelstände, die Punkte, weßhalb es gehässig und unrecht ist, am Besten heraus und dadurch allein kann die Beseitigung schleunigst möglich herbeigeführt werden." Mögen unsere bisherigen Gegner sich diese Worte zu Herzen nehmen, damit wir endlich Frieden, endlich Gelegenheit haben mögen, uns dem Betrieb solcher Geschäfte hinzugeben, die es uns ermöglichen, Tennessee zu einem großen, blühenden Staat zu machen.

Europäische Nachrichten.

Norddeutschland.

Berlin, 18. Febr. Gestern fand im preußischen Abgeordnetenhause eine Specialdiscussion über den Entwurf eines Gesetzes über die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft als preußischer Unterthan, sowie über den Eintritt in fremde Staatsdienste statt. Es erhob sich eine lebhafte Debatte über den 20. Paragraphen, der folgendermaßen lautet: „Preußen, welche die preußischen Staaten verlassen und sich zehn Jahre lang ununterbrochen im Auslande aufhalten, verlieren dadurch die Eigenschaft als Preuße. Die vorbezeichnete Frist wird von dem Zeitpunkte des Austritts aus Preußen oder, wenn der Austretende sich im Besitz eines Reisepapieres oder Heimathsscheines befindet, von dem Zeitpunkt ihres Ablaufes an gerechnet. Für Preußen, welche sich in einem Staat des Auslandes mindestens fünf Jahre lang ununterbrochen aufhalten und in demselben zugleich die Staatsangehörigkeit erwerben, kann durch Staatsvertrag die zehnjährige Frist bis auf eine fünfjährige vermindert werden, ohne Unterschied, ob die Betheiligten sich im Besitze eines Reisepapieres oder Heimathscheines befinden, oder nicht."

Der Abgeordnete Miquel hatte beantragt, daß bestimmt würde, daß Preußen ihre nationale Eigenschaft nur durch Erwerbung der Staatsangehörigkeit in einem Staate des Auslandes verlieren sollten, damit die Rückkehr in das Vaterland möglichst erleichtert werde; wenn nach vielen Richtungen, bemerkte der Redner, die starke Auswanderung von Menschen und Capital in das Ausland ein Unglück für Deutschland, speciell Preußen sei, so sei die Rückwanderung jedenfalls die beste Correctur und das größte Glück für die Heimath; sie bekomme intelligente, capitalbesitzende und erfahrene Staatsbürger zurück; namentlich America thue ihr in dieser Beziehung den größten Dienst. Die Männer, die da zurückkehrten, hätten nicht bloß an Erfahrung und Geschäftskunde, an Menschen- und Weltkenntniß gewonnen, sondern fast immer auch an deutschem Patriotismus; das sehe man nicht bloß an der Haltung der Deutschen im Auslande, sondern man sehe es namentlich auch an der Einwirkung der Deutschen im Auslande auf die Deutschen im Inlande. Die Heimath solle also die Verbindung mit diesen Männern so lange als möglich aufrecht erhalten, sie solle ihnen den Faden nicht abschneiden. Graf Eulenburg, der Regierungscommissär, entgegnete darauf, daß das Gesetz von der Idee ausgehe, daß, wenn Jemand zehn Jahre lang keinen Schritt gethan habe, um seine Verbindung mit der Heimath aufrecht zu erhalten, dann der Wille präsumirt werden müsse, daß er dieses Band lösen wolle; dieses Band könne aber mit der größten Leichtigkeit aufrecht erhalten werden, indem der gegenwärtige Gesetzentwurf die Erhaltung des Heimathsrechts im staatlichen Sinne auch auf die Fälle ausdehne, in dem Jemand sich im Besitze eines Heimathscheines befinde. Das Amendement des Herrn Miquel ward darauf verworfen und der Paragraph mit ein paar unwesentlichen Modificationen angenommen.

Berlin, 17. Febr. Nachdem die Regierung dem Landtage eine Vorlage gemacht hat, um endlich die finanziellen Verhältnisse zwischen dem Staate und der Stadt Frankfurt zu ordnen, haben die städtischen Behörden von Frankfurt sich dazu verstanden, eine Deputation hieherzusenden, um wo möglich noch vorher mit der Regierung zu einem freiwilligen Recesse zu gelangen. Die Deputation hat in den letzten Tagen der vorigen Woche verschiedentlich wie mit der Regierung so auch mit den Mitgliedern der Commission des Abgeordnetenhauses conferirt und sich dabei überzeugt, daß hier die Neigung zu einem billigen Entgegenkommen allgemein verbreitet ist, ebenso allgemein aber auch der Entschluß, unbilligen Ansprüchen, falls das nöthig werden sollte, im Wege der Gesetzgebung alle Aussicht abzuschneiden. Dieselbe ist vorgestern zunächst nochmals wieder nach Frankfurt zurückgereist, weil ihre erste Vollmacht sie nur zur Verhandlung mit der Regierung und zu einem Abschlusse vorbehaltlich der nachfolgenden Ratification berechtigte, die Regierung jedoch einen definitiven Abschluß herbeiführen will. Indeß hat bereits gestern in Frankfurt, wie von dort gemeldet wird, die dortige Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, die Deputation mit Vollmacht zum definitiven Abschlusse des Recesses im Falle einer Entschädigungs-Bewilligung von Seiten der Regierung auf Höhe von drei Millionen Thaler zu versehen, und man zweifelt kaum noch an dem Zustandekommen eines vertragsmäßigen Recesses.

Oestreich.

Wien, 16. Febr. Die Wiener Zeitung schreibt: „Die Französische Correspondenz constatirt, daß der jüngst von der Kölnischen Zeitung zum Besten gegebenen Sensations-Nachricht von geheimen Verhandlungen zwischen den Souverainen von Frankreich und Italien für den Fall eines Krieges an maßgebender Stelle auch nicht der geringste Glaube beigemessen werde." Außerdem beruft sich das amtliche Blatt auf die Patrie. Die Nachrichten der Kölnischen Zeitung sprachen aber nicht blos von geheimen Verhandlungen zwischen Napoleon und Victor Emanuel, sondern auch von einer Mitwissenschaft Oesterreichs, wenigstens des Fürsten Metternich, so daß eine Abläugnung von Wien aus berechtigt und willkommen sein würde. Sie wird auch vielleicht noch erfolgen, jedenfalls scheint Fürst Metternich sie zu wünschen. Das Memorial Diplomatique, welches unter seinem Einflusse steht, läßt sich folgender Maßen vernehmen: „Es ist allgemein bekannt, daß seit der Anstellung des Grafen Beust die Vertreter Oesterreichs im Auslande bestimmte und definitive Weisungen erhalten haben, unter allen Verhältnissen eine gemäßigte und versöhnliche Politik in Bezug auf Preußen zu befolgen. Wir dürfen hinzufügen, daß keiner dieser Vorschrift zuwider gehandelt hat. So erfahren wir auch, daß sie in diesem Augenblicke, gegenüber den Allianz-Combinationen, wovon die deutsche Presse und in Folge dessen ein Theil der französischen Presse spricht, es für ihre Pflicht gehalten haben, sich an ihren Chef zu wenden und in den bestimmtesten Ausdrücken gegen den seltsamen Mißbrauch zu protestiren, der mit ihren Namen in den Blättern getrieben wurde." Wie weit Fürst Richard Metternich von dem Geiste der Instruktionen entfernt ist, die ihm von Herrn v. Beust ertheilt sind, beweist am besten sein Leibblatt, das Memorial Diplomatique, welches im entgegengesetzten Sinne redigirt wird.

In Hietzing ist seit einiger Zeit eine schärfere polizeiliche Controle angeordnet worden, und zwar weniger im Interesse des Schutzes der Welfen, sondern hauptsächlich zur Ueberwachung ihrer Unternehmungen. Die Regierung ist in den Besitz von Daten gelangt, welche auf das unzweideutigste nachweisen, daß der hietzinger Hof sich nicht damit begnügt, durch Herrn Onno Klopp aufreizende Broschüren verbreiten zu lassen, sondern vielmehr entschlossen ist, seine Agitation größere Dimensionen annehmen zu lassen.

Der Proceß Karageorgiewitsch nimmt riesige Dimensionen an. Das Anklage-Material mehrt sich stündlich; die Angeklagten beharren im Läugnen.

Schweiz.

Bern, 12. Febr. Aus Solothurn meldet uns soeben ein Telegramm, daß der Cantonsrath trotz der 6000 Unterschriften, welche die Eingabe für Vornahme einer Total-Revision durch einen Verfassungsrath unterzeichnet haben, diese Eingabe abgewiesen und mit 76 gegen 19 Stimmen Partial-Revision nach dem Regierungsantrage von sich aus beschlossen hat. Schwerlich wird sich die Opposition hiermit zufrieden geben. — Auch der Senat der Universität Zürich protestirt jetzt gegen die neue züricher Verfassung, resp. gegen die in ihr enthaltene Bestimmung der Aufhebung der lebenslänglichen Anstellung der Lehrer, welche Maßregel vor Allem das Gedeihen der Hochschule in ihrer Wurzel angreifen würde. „Denn weil die periodische Amtsdauer bisher für die Lehrer keiner einzigen Hochschule des In- und Auslandes zu Recht bestehe," heißt es in dem Proteste des Senats, „so würde Zürich durch die beabsichtigte Maßregel ungünstiger gestellt werden, als irgend eine andere gleichartige Anstalt."

England.

London, 11. Febr. Der deutsche Turnverein hielt gestern Abend sein fünftes jährliches Winter-Schauturnen, bei dem 2000 Personen sich als Zuschauer eingefunden hatten. Dem Jahresberichte zufolge haben sich seit der Gründung im Jahre 1861 4759 Mitglieder dem Verein angeschlossen, und es ist bemerkenswerth, daß unter der jetzigen Mitgliederzahl die Engländer doppelt so stark als die Deutschen sind. Das französische Element ist durch etwa ein Elftel der Zahl der Deutschen vertreten. Neben anderen Leibesübungen wird auch Boxen und Schwimmen von den Mitgliedern getrieben, und es besteht im Rahmen des Turnvereins noch ein Liebhaber-Orchester, ein dramatischer und Gesangverein, die alle das Ihrige zur Unterhaltung und Erheiterung der Gesammtheit mit beitragen. An den Dienstagen und Freitagen hält eine weibliche Turnklasse ihre Uebungen in der Halle des Vereins.

Rußland und Polen.

Daß der Reichskanzler Fürst Gortschakow an Rußlands diplomatische Agenten im Auslande ein Rundschreiben in Betreff Griechenlands habe ergehen lassen, wird amtlich entschieden in Abrede gestellt. Laut Senats-Zeitung ist die Beurlaubung aller überzähligen Soldaten von ihren Truppentheilen angeordnet worden.

Der Regierungs-Anzeiger bekräftigt amtlich, daß Graf Bismarck über die Richtung der Libauer Eisenbahn kein Wort mit Rußland gesprochen hat.

Der seit Jahrhunderten angesammelte reiche Kirchenschatz des Klosters Czenstochau, dessen Pretiosen allein einen Werth von 200,000 Silberrubel haben, ist schon vor einiger Zeit von der russischen Regierung in Verwahrung genommen und die Verwaltung der jährlichen Klostereinkünfte unter staatliche Controle gestellt worden. Den zahlreichen Mönchen des Klosters wird aus diesen Einkünften ein bestimmtes, ziemlich karg bemessenes Jahrgehalt gezahlt. Auch ist die dem Kloster gehörige Buchdruckerei von der Regierung confiscirt und nach Warschau gebracht worden. Veranlassung zu dieser Maßregel gab die Beschuldigung, daß die Buchdruckerei während des letzten polnischen Aufstandes zu revolutionären Zwecken benutzt worden sei.

Frankreich.

Paris, 16. Febr. Das Journal de Paris spricht von der bevorstehenden Publikation des Prozesses des Herzogs von Enghien beim Verleger Le Chevalier. Noch unbekannte, sehr wichtige Dokumente sollen dabei zur Oeffentlichkeit gelangen.

Die France leugnet, daß die französische Regierung die Verproviantirungen und Munition des Expeditionscorps in Civita-Vecchia noch fortwährend vermehre. Frankreich wird jetzt vorläufig genug Material drüben haben, denn wenn nichts an diesen Sendungen wäre, so hätte die France vor Monaten schon den Monde und ähnliche Blätter, welche diese Sendungen mit Wohlgefallen anzeigten, dementiren können. Jetzt will Bixio über diese Sendungen interpelliren, und nun tritt die France plötzlich mit ihrer Dementirungsnote hervor.

Es sollen jetzt Goldstücke im Werthe von 25 Franken geschlagen werden. Dieselben erhalten den Namen „Empereur". Die 20-Frankenstücke sollen später ganz aus der Circulation verschwinden. Man will auf diese Weise die Bezeichnung Louisd'or, die zu sehr an die Vergangenheit erinnert, beseitigen.

TENNESSEE HISTORICAL SOCIETY

Neueste Depeschen.

Congreß-Bericht.

Resignation des Herrn Stewart.

Gen. Sherman übernimmt das Commando der Armee.

Cabinets-Gerüchte.

Inaugurations-Banquet in Berlin.

Kabel-Depeschen.

Niederlage der Insurgenten auf Cuba.

Washington, 6. März.

Congreß.

Senat. Eine Botschaft des Präsidenten ging ein, die um Annahme eines gemeinschaftlichen Beschlußes ersucht, daß Gesetz von 1789, welches bestimmt, daß Niemand, der Handelsgeschäfte betreibt, Schatzsekretär werden darf, aufzuheben.

Sen. Sherman trug auf Annahme dieses Gesuchs an, allein in Folge der Opposition des Sen. Sumner wurde dasselbe übergelegt.

Sen. Rice trug auf Ernennung eines Spezial-Comites an, um die Gesuche für Wiederverleihung der bürgerlichen Rechte zu erwägen. Wurde dem Comite für Revision der Geschäftsordnung überwiesen.

Das Haus hielt keine Sitzung.

Washington, 8. März.

Senat. Die gemeinschaftliche Resolution, daß alle Personen, welche um Wiederverleihung ihrer bürgerlichen Rechte einkommen, ihre Gründe dafür angeben und die Petition selbst unterzeichnen sollen, wurde auf den Tisch gelegt.

Die Bill, welche Mrs. Lincoln eine Pension von $5000 gewährt, ging an das Pensions-Comite.

Die stehenden Comites wurden ernannt. Sen. Sumner bleibt an der Spitze des Comites für Auswärtiges, Wilson an der des Comites für Militärangelegenheiten und Sherman an der des Finanz-Comites. Morton ist Vorsitzender des Comites für Fabriken geworden.

Die Bill, welche gleiche Rechte im Distrikt Columbia verleiht und welche Herr Johnson nicht unterzeichnet hatte, wurde angenommen. Herr Pomeroy trug darauf an, daß eine Bestimmung in derselben aufgenommen werde, welche den Frauen das Stimmrecht verleiht. Wurde an das Justiz Comite verwiesen.

Washington, 9. März.

Senat. Der Antrag, das Spezial-Comite zur Inbetrachtnahme der Amtsdauerbill von seinen Pflichten zu entbinden, wurde in Folge der Einwände des Sen. Sumner übergelegt.

Der Präsident übersandte dem Senat eine Botschaft, in welcher er sein Ersuchen, den Schatzsekretär von den Bestimmungen des Gesetzes von 1789, welches ihn an Uebernahme des Schatzsekretariats verhindert, auszunehmen, zurückzieht. Die Zurücknahme wurde bestätigt.

Haus. Herr Washburne zeigte seine Resignation als Repräsentant an. Dieselbe wurde angenommen.

Ein Comite für Untersuchung der Louisiana Wahlen wurde ernannt.

Auf Antrag des Repr. Boutwell wurde die Einsetzung eines aus 13 Mitgliedern bestehenden Comite's für Reconstruktion beschlossen. 109 stimmten dafür und 42 dagegen.

Repr. Butler brachte eine Bill ein, welche die Amtsdauerbill widerruft. Mit 143 gegen 16 angenommen.

Vertagung bis Freitag.

New York, den 5. März.

Col. Herman, des Bounty-Schwindels angeklagt, ist nicht vor Gericht erschienen. Commissioner Betts verschob den Fall auf den 6. April. Die beschwindelten Soldaten werden sich nächsten Montag versammeln, um die nöthigen Schritte bezüglich ihrer Ansprüche zu berathen. Hermans Anwalt sagt, daß die Soldaten binnen 6 Wochen aus dem Erlös des Mrs. Herman gehörigen Hauses und den noch nicht bezahlten Claims bezahlt werden sollen. Der Distrikt-Anwalt hat Befehl zur Verhaftung Hermans gegeben.

Große Aufregung herrscht heute in Wallstraße über das Grant'sche Cabinet. Als im „Gold Room" die Ernennung Stewarts zum Schatzsekretär angekündigt wurde, fanden bedeutende Verkäufe statt und das Agio ging herab. Bis zur Ankündigung dieser Ernennung hatte man geglaubt, daß Boutwell die Stellung erhalten würde.

Washington, 6. März.

Die Cabinetsernennungen geben den Republikanern keine Genugthuung. Bei einer Versammlung der radikalen Mitglieder des 40. Congresses, welche nicht wiedererwählt worden sind, wurden den ganzen Abend weder Grant noch sein Cabinet erwähnt. Es wird gesagt, daß Borie das Marine-Sekretariat ausgeschlagen hat. Eine alte Gesetzstimmung ist hervorgesucht worden, welche es für Stewart unmöglich macht, das Schatzdepartement zu übernehmen, weil er ein eigenes Geschäft betreibt. Die Angelegenheit wird so eben von Oberrichter Chase erwogen. — Eine massenhafte Entlassung von Clerks in den verschiedenen Departments wird nächste Woche vorgenommen werden.— Grant nimmt nur wenige Besucher an. Er wird heute seinen Privatsekretär ernennen und einige Aenderungen in der Dienerschaft des Weißen Hauses vornehmen.

Washington, 9. März.

Herr A. T. Stewart hat dem Präsidenten seine Resignation auf das Schatzsekretariat übergeben. Dieselbe wurde angenommen.

Der Präsident hat eine Ordre erlassen, welche den Gen. Sherman anweist, das Commando der Armee der Ver. Staaten zu übernehmen. Sämmtliche Ordres des Präsidenten oder des Kriegssekretärs sind durch den General der Armee zu erlassen.

Gen. Sherman kündigt in einem Armeebefehl seine Uebenahme des Commandos der Armee an. Gen. Townsend wird als General-Adjutant, Gen. Marcy als General-Inspektor, Gen. Meigs als Generalquartiermeister und Gen. Barnes als General-Stabsarzt angekündigt.

Herr Borie ist als Marinesekretär eingeschworen worden und hat sein Amt angetreten.

Herr Stewart hat in seinem Resignationsschreiben an Präsident Grant erklärt, er würde, wenn er das Schatzsekretariat hätte übernehmen können, seinen Nettogewinn aus dem New-Yorker Geschäft während seiner Amtszeit für wohlthätige Zwecke angewiesen haben. Man schätzt diesen Gewinn auf wenigens $6,000,000.

Man sagt, daß Herr Boutwell die ihm angebotene Stelle als Schatzsekretär ausgeschlagen hat, ebenso habe Herr Wilson von Iowa die Stellen als General-Postmeister, als General-Anwalt und als Staatssekretär, die ihm hintereinander angeboten wurden, abgelehnt.

Herr Delano wird morgen sein Amt als Steuer-Commissioner antreten. Man erwartet, daß zahlreiche Veränderungen mit den Beamten vorgenommen werden.

In Muscatine, Iowa, herrschte eine außerordentliche Aufregung in Folge der Ermordung des Dr. Christian Hershey durch einen Deutschen, Namens Mowery (?). Zwischen Beiden schwebten mehrere Prozesse und als der Doktor mit dem Marshall nach Mowery's Haus kam, entstand ein Streit, der damit endete, daß Mowery seinen Gegner niederschoß. Die Menge wollte den Mörder lynchen, allein er wurde nach dem Gefängniß gebracht.

Zwischen San Francisco und Australien soll eine regelmäßige Dampferlinie etablirt werden.

An die Gefängnißverwaltung zu Sing Sing, N. Y., ist von Washington aus die Weisung ergangen, Pardons für Eckel und Blaisdell zu ignoriren.

Eine Feuersbrunst in Dey-Straße, N. Y., zerstörte für $100,000 Werth Eigenthum.

In Rochester N. Y. explodirte der Dampfkessel in der Van Riper'schen Mühle, wobei drei Arbeiter das Leben verloren.

Gen. John C. Breckinridge hat sich, nachdem er einige Tage in Cincinnati verweilt, nach seiner alten Heimath, Lexington Ky., begeben.

In New York wurde die Klage von James Patterson auf Restitution von $2,041,646 für unbezahlte Coupons gegen die Orange-Alexandria Bahn entschieden.

Gen. A. Ames ist zum Commandeur des 5. Militärdistritts ernannt worden.

Der Verkehr zwischen Sitka, Alaska, und San Francisco hebt sich. Seit dem 1. Februar sind von letzterer Stadt 11 Schiffe, worunter zwei Dampfer, nach Sitka abgesegelt.

Gen. Dix, Ver. St. Gesandter in Paris, stellt es in einem veröffentlichten Briefe entschieden in Abrede, daß er bei einem Banquet eine Rede über die griechisch-türkische Streitfrage gehalten habe, wie von dem N. Y. Herald behauptet worden ist.

Die Legislatur von Georgia hat das Freischulensystem angenommen.

In Florenz, Italien, soll am 30. September ein Congreß von Aerzten aus allen Nationen eröffnet werden.

Eine große republikanische Versammlung wurde in Richmond abgehalten. Morgen wird die Staatsconvention in Petersburg zusammentreten, um einen republikanischen Gouverneurs-Candidaten zu nominiren. Die Herren Welles und Clements sind die hervorragendsten Bewerber.

In Augusta und Bangor, Maine, wurden die republikanischen Mayors-Candidaten erwählt und in Bedford siegten die Demokraten.

Die vier Feuermänner, welche in Chicago bei dem Feuer in Canalstraße auf so schreckliche Weise ums Leben kamen, wurden heute unter allgemeiner Theilnahme beerdigt.

Berlin, 6. März.

Der Ver. St. Gesandte, Herr Bancroft, gab zu Ehren der Inauguration Grants ein großes Banquet. Graf Bismarck war anwesend und hielt eine Rede, in welcher er hervorhob, daß zwischen Deutschland und den Ver. Staaten stets die freundschaftlichsten Verhältnisse obgewaltet haben.

London, 6. März.

Die französischen und englischen Blätter lobpreisen die Inauguralrede des Präsidenten Grant und entnehmen aus derselben eine friedliche Gesinnung.

Die Pariser „Liberte" brachte heute die Nachricht vom Tode des Papstes, doch glaubt Niemand an die Wahrheit derselben.—Später eingetroffene Nachrichten bestätigen dieselbe.

Madrid, 8. März.

Die hiesige Kaserne brannte heute theilweise nieder. Das Feuer war angelegt.

In der heutigen Sitzung der Cortes sprachen sich Serrano und Prim für Gewährung eines Pardons aller Preßvergehen aus.

London, 8. März.

Im Hause der Gemeinen kündigte Herr Childreß, erster Lord der Admiralität, an, daß die Ausgaben für die Flotte um 1,000,000 Pfund reduzirt werden sollten.

Rom, 8. März.

Die Nachricht vom Tode des Papstes ist falsch.